

Anreize für Asylsuchende streichen – wie Deutschland auf die britische Asylwende reagiert



Von **Marcel Leubecher**
Politikredakteur

Veröffentlicht am 20.11.2025 | Lesedauer: 5 Minuten



Migranten in der Erstaufnahme-Einrichtung des Landes Brandenburg in Eisenhüttenstadt

Quelle: Getty Images/Sean Gallup

Die britische Labour-Regierung will unerlaubt eingereiste Migranten mindestens 20 Jahre von einer Einbürgerung ausschließen. Taugt der Plan als Vorbild für Deutschland, das die Vergabe der Staatsbürgerschaft besonders großzügig praktiziert?

Es ist die Schwesterpartei der SPD in Großbritannien, die kürzlich einen [Plan für eine strenge Migrationsbegrenzung vorgelegt](https://www.welt.de/politik/ausland/article69191122c7cdoff6c62030b7/nach-daenischem-vorbild-ich-werde-grossbritanniens-goldenen-pass-fuer-asylbewerber-abschaffen-london-plant-die-asyl-wende.html) (<https://www.welt.de/politik/ausland/article69191122c7cdoff6c62030b7/nach-daenischem-vorbild-ich-werde-grossbritanniens-goldenen-pass-fuer-asylbewerber-abschaffen-london-plant-die-asyl-wende.html>) hat. Die Labour-Regierung will die Insel weniger attraktiv für unerlaubt einreisende Migranten und Flüchtlinge machen – etwa indem diese frühestens nach 20 Jahren die Chance auf einen dauerhaften Aufenthaltstitel und die Einbürgerung erhalten sollen.

Hintergrund: In Großbritannien erreicht die rechte Reform-Partei von Nigel Farage in den Umfragen inzwischen rund 30 Prozent mit ihrem Kurs für eine Zuwanderungsbegrenzung – und liegt damit weit vor Labour. Die linke Regierungspartei ist nach ihrem Wahlsieg im vergangenen Jahr inzwischen auf rund 18 Prozent abgerutscht. Dabei spielt auch die Migrationspolitik eine Rolle, in diesem Jahr kamen über den Ärmelkanal schon mehr als 40.000 Menschen an.

Bevor Labour-Innenministerin Shabana Mahmood ihren „Restoring Order and Control“-Plan („Wiederherstellung von Ordnung und Kontrolle“) am Montag dem Parlament vorlegte, sagte sie: „Ich sehe, dass die illegale Migration unser Land spaltet, wir müssen handeln, damit die Bevölkerung weiterhin akzeptiert, dass wir überhaupt ein Asylsystem haben.“

Falls die Pläne Gesetzeskraft erlangen, würde Großbritannien das Signal an Flüchtlinge aussenden, dass sie zwar weiterhin Schutz erhalten könnten. Aber dass sie in Großbritannien falsch seien, falls sie über den Schutz hinaus ein dauerhaftes Auswanderungsland suchen, das sie schnell einbürgert.

Flüchtlinge, die nicht nur Schutz vor Krieg und Verfolgung, sondern ein endgültiges Auswanderungsziel suchen, sind in Deutschland hingegen richtig: Wer hier anerkannt wurde, im staatlich finanzierten Sprachkurs das B1-Niveau erreicht sowie eine Arbeit sucht – dazu reicht eine Anstellung als ungelernter Friseur oder Taxifahrer aus – kann infolge einer Reform der Ampel-Regierung schon nach fünf Jahren seinen Einbürgerungsantrag stellen.

Waren lange Zeit immer um die 100.000 Ausländer jährlich eingebürgert worden, schnellten die Einbürgerungen aufgrund der starken Zuwanderung im vorigen Jahrzehnt dann im Jahr 2023 auf 200.000, im Jahr darauf auf fast 300.000 hoch. Und in diesem Jahr dürfte sogar die 400.000er-Marke geknackt werden.

Die Hälfte der Eingebürgerten stammt aus den Hauptasylherkunftsländern Syrien, Irak, Türkei, Afghanistan, Pakistan und Iran. Allein aus Syrien wurden von 2020 bis 2024 mehr als 230.000 Menschen eingebürgert. Falls in diesem Jahr ebenso viele Syrer wie 2024 eingebürgert werden (83.000), erhielten bereits mehr als 300.000 der eigentlich temporär aufgenommenen Schutzsuchenden aus dem Krisenstaat die deutsche Staatsangehörigkeit.

AfD: Wer illegal einreist, soll nie eingebürgert werden

Im Bundestag gehen die Meinungen auseinander, ob die Einbürgerungsfrist nach der Verkürzung durch die Ampel-Regierung nun wieder ausgedehnt werden sollte. Auf die Frage von WELT, ob die Bundesrepublik wie in Großbritannien geplant die Staatsangehörigkeit erst später gewähren sollte – etwa im Fall der vielen irregulär eingereisten Flüchtlinge aus Syrien –, zeigt sich die Unionsfraktion im Bundestag offen. Ihr Vizechef Günter Krings (CDU) sagt: „Natürlich spricht viel dafür, bei den Fristen für eine Einbürgerung zwischen legaler Migration in unseren Arbeitsmarkt und irregulär Zugewanderten zu unterscheiden.“ Noch wichtiger als angemessene Wartefristen sei aber, dass die Behörden auch die „Voraussetzungen der Einbürgerung im Hinblick auf tatsächliche Integration und Leistungsfähigkeit im Alltag konsequent prüfen“.

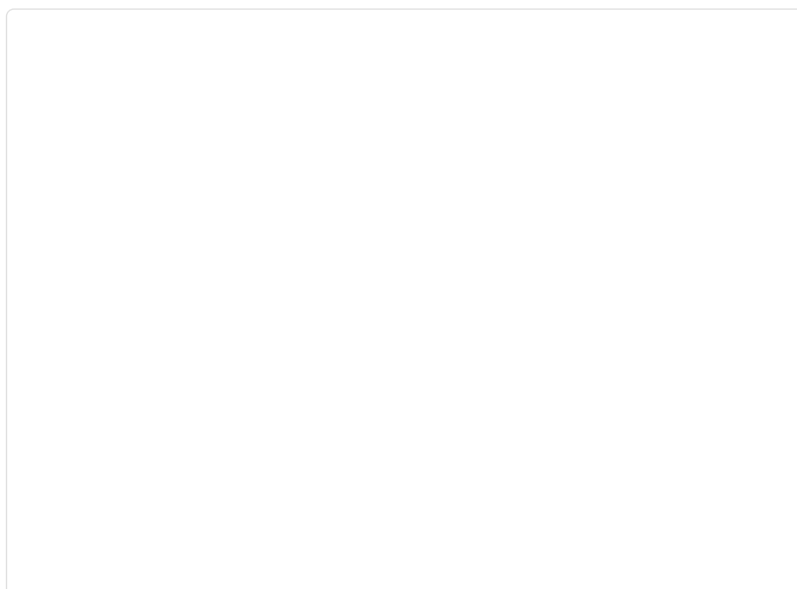
Der Koalitionspartner SPD hält nichts vom Vorhaben ihrer Schwesterpartei in Großbritannien und längeren Fristen in Deutschland. Fraktionsvize Sonja Eichwede erklärt: „Wir haben im Koalitionsvertrag abschließend geregelt, welche Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts wir in dieser Koalition vornehmen werden.“ Die dort vereinbarte Abschaffung der Schnelleinbürgerungsoption nach drei Jahren habe man bereits umgesetzt. „Darüber hinaus werden wir am geltenden Staatsbürgerschaftsrecht festhalten.“ Es gebe klare Kriterien, aufgrund derer man die Staatsangehörigkeit erhalten könne, etwa die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts und ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, sagt Eichwede. „Es gibt keine Gründe, an diesen Voraussetzungen etwas zu ändern oder hinsichtlich der Art des Voraufenthaltes zu differenzieren.“

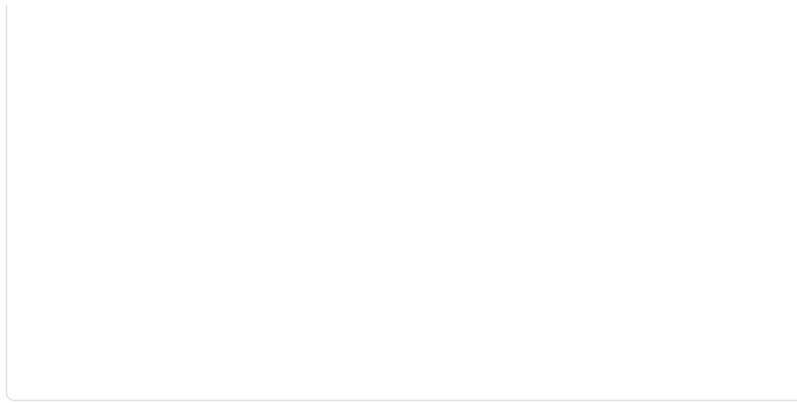
Gottfried Curio, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, begrüßt das Vorhaben aus den Reihen von Labour. Seine Partei fordert darüber hinaus, dass „Personen nach einem illegalen Grenzübertritt nie einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung erhalten sollen“. Stattdessen solle nur noch in einigen Fällen die „jahrzehntelang verfassungskonforme Regel einer Einbürgerung nach Ermessen des einbürgernden Staates“ stattfinden.

Dagegen betont Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linke-Fraktion: „Wer vor Krieg und Verfolgung flieht, hat faktisch keine legalen Wege.“ Diese Menschen über das Staatsangehörigkeitsrecht zu sanktionieren, sei eine Politik der Abschreckung, nicht des Rechtsstaats. „In Großbritannien sollte man sich eher fragen, warum es so vielen Menschen schlecht geht.“ Das habe eher mit der Wirtschaftspolitik zu tun als mit Geflüchteten. Das Grundgesetz und die Europäische Menschenrechtskonvention verpflichteten Deutschland zur Gleichbehandlung aller Menschen. „Wer hier Schutz erhält, hier lebt und seinen Lebensmittelpunkt hat, darf nicht wegen einer irregulären Einreise dauerhaft von der Einbürgerung ferngehalten werden.“

Für angemessen erklärt Grünen-Migrationsexpertin Filiz Polat die hierzulande gültigen Fristen: „Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts haben wir gemeinsam mit der vergangenen Bundesregierung ein zeitgemäßes Gesetz für ein modernes Einwanderungsland auf den Weg gebracht. Besonders erfolgreich sind syrische Staatsangehörige: Mit 28 Prozent stellten sie 2024 sogar die größte Gruppe unter den Eingebürgerten.“

Die britische Labour-Regierung will mit ihrem Kursschwenk neben der späteren Chance auf Daueraufenthalt und Einbürgerung, weitere Anreize beseitigen, in Großbritannien Asyl zu suchen. Man wolle sich an Dänemark orientieren, heißt es in dem am Montag ins Parlament eingebrachten Reformvorhaben, wo durch eine „radikale Transformation des Asylsystems“ die „Anträge auf ein 40-Jahres-Tief“ gefallen seien. So soll die Anerkennung als Flüchtling in Großbritannien künftig nur noch 30 Monate lang gültig sein und nur erneuert werden, „wenn die Schutzbedürftigkeit erneut festgestellt wird“. Ist das nicht der Fall, müssen die Migranten in ihre Heimatländer zurückkehren.





Premierminister Keir Starmer fügte dem „Restoring Order and Control“-Plan ein Vorwort hinzu: „Wenn wir weniger Migration über den Ärmelkanal, weniger Asylmissbrauch und ein faires System mit legalen Routen haben wollen, benötigen wir einen Ansatz mit mehr Abschreckungseffekten und robuster Durchsetzung der Regeln.“

Ob das Vorhaben umgesetzt wird, hängt entscheidend davon ab, wie stark der Widerstand aus der eigenen Partei im Unterhaus ausfällt; die rechte Reform-Partei und die konservativen Torys muss die sozialdemokratische Regierung nicht überzeugen. Einige Labour-Abgeordnete übten bereits Kritik. Clive Lewis sagte der BBC, die Übernahme des dänischen Asylsystems spiele Rechtsaußen in die Hände und treibe linke Labour-Anhänger zur grünen Partei. Olivia Blake schrieb auf X (https://x.com/_OliviaBlake/status/1990423332076818663), der Plan ihrer Partei sei „Grausamkeit im Gewand von Reformen“.

Marcel Leubecher (<https://www.welt.de/autor/marcel-leubecher/>) ist Redakteur im Ressort Politik Deutschland.